

# Vichtenstein-Callnberger Tageblatt

Anzeiger für Vichtenstein-Callnberg, Hohndorf, Rödlitz, Bernsdorf, Rilsdorf, St. Egidien, Heinrichsort, Marienau, den Müllengrund, Rabschnappel und Tirschheim.

Erscheint täglich, außer Sonn- und Festtags, nachmittags. — Bezugspreis: 4,75 Mk. monatlich frei ins Haus, durch die Post bei Abholung 14,25 Mk. vierteljährlich. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, sämtliche Postämter, Briefträger und unsere Zeitungsträger entgegen. — Einzelnummer 25 Pfg.



Anzeigenpreis: Die sechsseitige Grundzeile wird mit 75 Pfg., für auswärtige Besteller mit 85 Pfg. berechnet. Im Reklame- und amtlichen Teile kostet die dreiseitige Zeile 1,75, für auswärtige 2,00 Mk. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 9 Uhr. Fernsprecher Nr. 7. Druckschrift: „Tageblatt“. Postfachkonto Leipzig 86 697.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Vichtenstein-Callnberg, sowie aller Gemeindeverwaltungen der umliegenden Ortschaften. Druck v. Verlag von Otto Koch & Wilhelm Pester in Vichtenstein-Callnberg. Inhaber Wilhelm Pester in Vichtenstein-C., zugleich verantwortlich für den gesamten Inhalt des Blattes

Nr. 261.

Montag, den 8. November 1920

70. Jahrgang

## Milchversorgung

für den Ortsteil Vichtenstein.

Um bei der Ausgabe der Milch an die Bezugsberechtigten eine geregelte und gleichmäßige Verteilung stattfinden zu lassen müssen bei Abholung der Milch folgende Zeiten streng eingehalten werden:  
Vorm. 10-11 Uhr an Kinder im 1. Lebensjahr,  
Vorm. 11-12 Uhr an Kinder im 2. und 3. Lebensjahre, werdende und stillende Mütter.

Kranke Milch wird künftig nur noch nachmittags 2-4 Uhr abgegeben. Bei strenger Einhaltung der vorgeschriebenen Zeit ist eine Gewähr dafür gegeben, daß jede bezugsberechtigte Person Milch erhält. Wegen der geringen Menge eingehender Vollmilch kann bis auf weiteres an Kranke nur Magermilch abgegeben werden, da die Vollmilch in erster Linie an die Kinder im ersten Lebensjahr abgegeben werden muß. Außer der aufgerufenen Zeit erscheinende Personen werden zurückgewiesen. Die Herren Herge werden gebeten, Milch nur noch in den dringenden Fällen zu verordnen.

## Reise für Milchkuhe.

Für jedes Kind 25 Pfd. Preis 10.—. Bezahlung Mittwoch vorm. 9-11 Uhr im Lebensmittelamt. Abholung nachm. 2-5 Uhr in der Turnhalle. Vichtenstein-Callnberg, am 8. 11. 1920. Städt. Lebensmittelamt.

## Auslandsfleischverteilung.

Am Sonnabend, den 13. November 1920 gelangen bei den Fleischern des Bezirks auf Kundenliste 220 Gr. Gefrierfleisch (Mk. 9 25 das Pfund) für den Erwachsenen, für Kinder unter 6 Jahren die Hälfte zur Verteilung. — R. E. H. — Bezirksverband Glauchau, den 6. November 1920, Freiherr v. Weich, Amtshauptmann.

## Deckreisig-Versteigerung

auf Vichtensteiner Revier. Mittwoch den 10. November 1920, von vormittags 9 Uhr an sollen im Parkschloßchen zu Vichtenstein die im Stadtwald, Burgwald und Neubörsiger Wald aufbereiteten 130 A. sichtenes Deckreisig versteigert werden. Fürstl. Schönb. Forstrevierverwaltung u. Rentamt.

## Kurze wichtige Nachrichten.

\* Nach einer Berliner Meldung haben amerikanische Exportfirmen mit der Zurückziehung ihrer Guthaben auf den deutschen Banken begonnen. In der letzten Woche sind aus Hamburger Banken nicht weniger als 315 Millionen amerikanische Guthaben von Exportfirmen nach Amerika geflohen worden.  
\* Aus New York kommt über Genf folgende Drahtmeldung: Am Vorlage der Präsidentenwahl ist dem Senatsauschuß noch ein Antrag vorgegangen, der die Zurückziehung des Versailles-Vertrages und des Völkervertrages verlangt. Der Antrag ist auch unterzeichnet von dem neuen Präsidenten Harding.  
\* Das Reichsministerium des Innern hat am 9. November in den Reichsministerien und Reichsbehörden nicht gefeiert wird.  
\* Die „Rheinische Volkszeitung“ schreibt: Der Papst übergab dem Kölner Erzbischof Dr. Schulte eine halbe Millionen Lire für die bedürftigen Kinder in Deutschland.  
\* Die Mannheimer Frauen fordern ganz Deutschland auf zu einem neuen wuchtigen Protest gegen die Besetzung des linken Rheinufers durch schwarze Truppen.  
\* Frankreich erstrebt nicht nur im Frachtverkehr auf dem Rhein, sondern auch im Personenverkehr eine führende Rolle und hat beschlossen, den ständigen Sitz des Rheinisch-Westfälischen Interzonenverbandes nach Strassburg zu verlegen.  
\* Bei der Bereaubung des Saarges der hl. Elisabeth haben die Diebe 193 Beistelle und 12 Perlen im Werte von 3 Millionen Mark bedurft. Außerdem sind wertvolle Filigranarbeiten gestohlen. Der historische Wert der Gegenstände ist sehr groß.  
\* Die Franzosen haben die Ausbeute der Saargruben bedeutend gesteigert und große Kohlenmengen nach Holland, Italien und der Schweiz verkauft.

## Deutscher Reichstag.

### Eupen und Malmedy.

Berlin, 6. November.

Auf der Tagesordnung steht die Interpellation Schiffer (Dem.), die von allen übrigen Parteien mit Ausnahme der Linksunabhängigen unterstützt wird. Darauf wird gefragt, welche Stellung die Reichsregierung gegen den Beschluß des Völkervertrages einnimmt, Belgien endgültig die Souveränität über die Kreise Eupen und Malmedy zuzusprechen. Mit dieser Interpellation verbunden wird eine Interpellation Kroll (Dem.) über die Lage im besetzten Gebiet des Rheinlandes. Darauf wird Auskunft erbeten über die Höhe der Besatzungskosten, die Behandlung der Bevölkerung und über Maßnahmen zur Herbeiführung der Rückkehr der wegen separatistischer Bestrebungen ausgewiesenen.

Abg. Bell (Ztr.) begründet die erste Interpellation. Zum ersten Mal muß ich schwere Anklage gegen unsere Kriegsgegner erheben. Sie haben sich Rechtsverletzungen, Vertragsbruch und Vergewaltigungen zu schulden kommen lassen. Man will Deutschland immer mehr demütigen und zum Absterben bringen. Ein Schrei der Entrüstung wird mit aus der Rehle gepreßt. Die Besatzungstruppen betrachten das besetzte Gebiet als Aufmarschgelände. Die Bürgermeister werden fast ausgeschaltet. Die Reichsregierung muß alles tun, um Deutschland zu seinem Recht zu verhelfen. Der Gebüßerfluß in den von Amerikanern besetzten Gebieten ruft eine große sittliche Verurteilung hervor. Noch heute besteht die Kulturschande der Besetzung durch schwarze Truppen. Wir appellieren an das Weltgewissen. Der Spruch des Völkervertrages, der Eupen und Malmedy den Belgiern zuzurechnen, ist abzulehnen, denn nach dem Friedensvertrage ist die Vollversammlung des Völkervertrages zuständig. An sie appellieren wir und verlangen Nachprüfung. Wir sind ehrlich bereit, mit der belgischen Bevölkerung wieder in ein freundschaftliches Verhältnis zu kommen. Wir verlangen auch, daß die Schuld der Entente geprüft wird.

Reichsminister des Äußeren Dr. Simon: Die schwere Not der Bevölkerung der Kreise Eupen und Malmedy hat im ganzen deutschen Volke wärmstes Mitgefühl erweckt. Die Reichsregierung hat dem Völkervertrag ein Weisbuch mit reichem urkundlichen Material über das Verhalten der belgischen Behörden gegenüber der deutschen Bevölkerung zugelegt. Sie hat beantragt, diese Volksbefragung für ungültig zu erklären und eine freie unbefugte Volksabstimmung vorzunehmen. In dem Beschluß des Völkervertrages über die endgültige Festlegung der Souveränität der beiden Kreise fehlt eine Bezugnahme auf unser Weisbuch so gut wie ganz. Auf unsere Beschwerden haben wir niemals eine umfassende Antwort erhalten. Wir wissen nicht, ob unser Material überhaupt geprüft worden ist. (Hört, hört.) Unter Versuch, darüber Auskunft zu erhalten, ist gescheitert. Der Völkervertrag meint, daß keine Zustimmung für Deutschland in Eupen und Malmedy bestehe, weil sich von den 62000 nur 271 Einwohner eingeschrieben haben. Diese Zahlen beweisen gerade, daß die Abstimmung nicht in der richtigen Form vorgenommen werden kann. Besonders aus rechtlichen Gründen kann nach der Ueberzeugung der deutschen Regierung der Beschluß des Völkervertrages nicht aufrechterhalten werden, denn der Rat ist für Eupen und Malmedy nach dem Wortlaut des Friedensvertrages überhaupt nicht zuständig. Die Entscheidung wird keine Gelegenheit verschmähen, der Welt vor Augen zu führen, welches Unrecht sich in Eupen und Malmedy abgespielt hat. Sie hofft, daß der Völkervertrag endlich eine eingehende Prüfung des vorgelegten Materials vornimmt und von seiner Grundlage der Gerechtigkeit nicht abweicht. Die Regierung hofft aber auch, daß zu irgend einer Zeit einmal wieder Beziehungen mit Belgien aufgenommen werden, die es der belgischen Regierung und der Bevölkerung abnehmen, nicht länger über das uralte Recht der deutschen Bevölkerung in Eupen und Malmedy hinwegzugehen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Kroll (Dem.): In dieser Frage sind wir alle einig. Den Beamten, die in Saarland ausgehalten haben, sprechen wir unseren Dank aus. Wir Rheinländer sind ein rein deutscher Stamm. Wir lehnen die Eingriffe der Franzosen in unseren politischen Verhältnissen ab. Der Redner gibt ein Bild der Bedrückung, die die rheinische Bevölkerung zu erleiden hat. Das Verhalten zahlreicher Mitglieder der

weiblichen Bevölkerung gibt leider zu großer Entrüstung und Scham Anlaß. Meist handelt es sich aber um deutsche Diensten, nicht aber um deutsche Frauen. Im Rheinlande versteht man den Parteihader, der in Deutschland herrscht, nicht. Das Rheinland hält treu zum Reiche.

Reichsminister des Innern Koch: Ich freue mich, daß im Rheinland die Einheitsfront der Parteien aufrechterhalten worden ist. Die Kosten der Besatzungstruppen sind unerhört. Bisher sind 6,2 Milliarden Schäden angemeldet. Nach Angabe von Lougneur kostet die Besatzung jährlich 2,7 Milliarden. Diese Lasten sind für das verarmte Deutschland unerträglich. Die Heere sind noch von Raube und Wüchlichkeit gegen die Deutschen erfüllt. Daraus erklären sich die zahlreichen Ausschreitungen. Wegen der Ausschreitungen ist Protest erhoben worden. Wo man, wie im Rheinlande, des Festhaltens am Deutschtum sicher ist, brauche man keine nationale Propaganda. Es kommt nur an auf die Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls. Der Rhein ist noch immer unser deutscher Strom. (Beifall.)

Abg. Soltmann (Soz.): Das Recht Deutschlands in Eupen und Malmedy ist sonnenklar. Durch die hohen Besatzungskosten im Rheinland wird es Deutschland unmöglich gemacht, seine Wiedergutmachungsverpflichtungen zu erfüllen.

Abg. Odersohn (Dtn.): Die internationale Gerechtigkeit wird auch durch die Abstimmung in Eupen und Malmedy aufs brutalste verletzt. Auf unsere unwiderleglichen Anklagen vermag man uns von drüben keine Antwort zu geben. Der Völkervertrag hat sein Urteil über das Recht, sondern ein Urteil der Macht gefällt. Seine Entscheidung wird das Rechtsempfinden des deutschen Volkes unter keinen Umständen als rechtsverbindlich anerkennen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Rodenhauer (D. Sp.): Unsicherheit und Unfreiheit ist das Los der rheinischen Bevölkerung. Welt über 3000 Leute sind bereits durch Anwerbung für die Fremdenlegion aus dem Rheinland verschleppt worden. (Hört, hört!) Frankreichs politisches Ziel ist die Eroberung des Rheines. Das sucht es nur durch Einschüchterung und List zu erreichen. Bisher sind seine Versuche an der Standhaftigkeit der rheinischen Bevölkerung gescheitert. (Beifall rechts.) Den Völkervertragsbeschluß über Eupen und Malmedy werden wir niemals anerkennen. Frankreichs Rheinpolitik ist nur eine Ruhestückerei. Dazu wird das Rheinland als Aufmarschgelände gebraucht. Die Last, die das Rheinland zu tragen, hat, muß durch Vereinfachung des Inflationen und durch Ersatz der Schäden erleichtert werden. Wir dürfen den Franzosen nicht durch Selbständigkeitsbestrebungen im Rahmen des Rechts Anlaß für ihre Abtrennungspolitik geben. Solche innerpolitischen Gegenstände dürfen am Rhein niemals zu außenpolitischen werden. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Breisheid (U. S. P., r.): Unsere Kundgebung hätte an Wucht gewonnen, wenn sie länger gewesen wäre.

Abg. Frick-Köln (Unabh., links): Wir lehnen die Gewaltmaßnahmen für Eupen und Malmedy ab, wenn wir auch nicht die Interpellationen unterzeichnet haben.

Abg. Deermann (Bayr. Bauernb.): Die besetzten Gebiete wollen und müssen unter allen Umständen beim Reiche bleiben. Wir Föderalisten verlangen den Ausbau des Art. 118 der Weimarer Verfassung. Damit schließt die Aussprache. Es folgt die Interpellation der Deutschnationalen, die darüber Klage führen, daß von den auf Lieferungsvertrag abgeschlossenen Kartoffeln große Mengen nicht abgenommen sind. Weiter fehlt es an Eisenbahnwagen.

Abg. Schimmelpfennig (Dtn.): Wir haben zweifellos Verständnis für die Not der Bevölkerung. Aber diese Not darf nicht politisch ausgenutzt werden. Als Landwirt fordere ich meine Berufskollegen auf, das menschenmögliche zu tun, um die Bevölkerung zu versorgen. Eine Hauptursache der Kartoffelnot ist der frühzeitige Frost. Die Produktion ist bereits erhöht worden.

Ernährungsminister Dr. Hermes gibt einen eingehenden Ueberblick über die Kartoffelversorgung des vergangenen Jahres und rechtfertigt die Aufhebung der Zwangswirtschaft. Die Reichsregierung wird energisch gegen Wucher und Schieber eintreten.

Donnerstag, den 18. November, nachmittags 3 Uhr: Sozialistische Interpellation über die Sozialisierung, Interpellation der D. Sp. über die Not des deutschen Mittelstandes, deutschnationale Kartoffel-Interpellation.